

SONDERDRUCK

Zeit und Heimat

14. Juli 2005 · Nr. 2
48. JahrgangBeiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur
von Stadt und Kreis BiberachSeit 1924 Beilage der „Schwäbischen Zeitung“
Ausgabe Biberach an der Riß

Von Hartwig Abraham, Ummendorf

Schwindelerregende 24 Milliarden Mark stehen im Dezember 1923 zu Buch

Das Protokollbuch des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ Biberach hat die Ära des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit unbeschadet in einem Versteck auf der Bühne der Biber-Brauerei überstanden. Daraus lässt sich für die Jahre von 1919 bis 1930 ein Bild der Stadt aus der Sicht der Arbeiterschaft in seinen wesentlichen Strukturen und den alltäglichen Ereignissen darstellen.

Im Ortskartell des Biberacher „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) hatten sich 1919/20 bereits die Berufsverbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Gerber und Le-

derarbeiter, Konditoren, Bauarbeiter, Buchdrucker, Maler und Brauer zusammengefunden. Bis zum Herbst 1921 traten noch der Transportarbeiterverband, der Zentralverband der Angestellten, die Zimmerer und die Verbände der Steinhauer sowie der Fleischer bei. Ende 1921 wurde der Verband der Techniker und Angestellten Mitglied des Kartells. 1922 schlossen sich die beiden Berufsverbände der Sattler und Tapezierer dem Kartell an; 1923 folgten der Textilarbeiterverband, der Verband der Gummiarbeiter, der Verkehrsarbeiterverband sowie der Stadt- und Gemeindearbeiterverband. Es folgten noch die Lebens-

mittel- und Getränkearbeiter (1924) und die Werksarbeiter (1925) und schließlich wurde 1930 noch der Hutarbeiterverband Mitglied des ADGB. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im ADGB stieg von 98 im Jahre 1918/19 auf über 500 (1920) und erreichte 1928 mit 576 Mitgliedern den Höchststand (die Zahl der Einwohner in der Stadt belief sich damals auf knapp 10 000). Beginnende Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ließen die Zahl bis 1930 auf 479 absinken. Der Mitgliederstand schwankte zwischen den einzelnen Verbänden stark: Während die Zahl der organisierten Metaller bis zu 250 Personen

Der Maiumzug 1927.





Georg Bäuerle

betrug, waren in der Liste des Hutmacherverbandes gerade mal ein halbes Dutzend Mitglieder verzeichnet.

Als Versammlungslokal diente, wie schon in den Jahren seit Gründung des ADGB im Jahre 1893, die Gaststätte „Schatten“ (heute Gaststätte „Leonardo“, Zeppelinring 61). Größere Veranstaltungen des Kartells fanden im „Drei König“ (Marktplatz 26) statt. Vom November 1923 bis zum Mai 1924 – während Inflation und Wirtschaftskrise im Reich herrschten – wurden die Versammlungen im damaligen Gewerbeschulhaus am Kirchplatz (heute Waaghausstraße 13) abgehalten, das die Stadtverwaltung kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. Eine Änderung wurde 1929 notwendig, denn „da bis zum 1. Mai ein neuer Pächter auf den ‚Schatten‘ kommt, muss man sich jedenfalls für ein neues Lokal entscheiden“ (17. März 1929). Daraufhin entschlossen sich die Mitglieder, nachdem zwischenzeitlich im „Neuen Schützenkeller“ (Bismarckring 8) getagt wurde, für den schon bekannten „Drei König“ als zukünftigen Treffpunkt: „Was das neue Versammlungslokal betrifft,

sind die Arbeiten so ziemlich beendet und die nächste Versammlung am 7. Dezember (1929) kann dort stattfinden. Betreffend Ausschmückung des Lokals werden die vorhandenen Bilder von Ebert (Friedrich Ebert, Reichspräsident) und Legien (Karl Legien, Gewerkschaftsführer) wieder im Saal aufgehängt“ (2. November 1929).

Ein Vermögen von 992 Billionen Mark

Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Kartells spiegelt die wirtschaftlichen Vorgänge im Deutschen Reich nach dem 1. Weltkrieg wider: Kurz nach der Gründung wies der Bericht des Kassiers im August 1919 ein Gut-

haben von 136 Mark auf, im Februar 1922 betrug es 1506,35 Mark; die Beiträge erfuhren gleichzeitig eine Erhöhung von 4 Mark auf 10 Mark für das Quartal. Die Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden wurde von 30 Mark auf 100 Mark heraufgesetzt. Der Kassenstand im Mai 1923 wies ein Guthaben von 28 710 Mark auf. Sieben Monate später, im Dezember 1923, waren es schwindelerregende drei Milliarden Mark und während der Inflation Ende 1923 kam der Kassenstand auf die kaum vorstellbare Summe von 992 Billionen Mark. Im Januar 1924 – nach der Einführung der Rentenmark – beschloss die Kartellversammlung „drei Pfennig pro Kopf an Beitrag zu erheben“. 1925 waren 30 Pfennig an Mitgliedsbeitrag zu entrichten, und im Protokoll vom 14. April 1928 kann man sogar lesen, „daß der Kassenbericht den erfreulichen Stand von 96,14 Mark in bar und 300 Mark in angelegtem Geld aufweist.“ Doch schon zwei Monate später, im Juni, wurde ein „Abmangel von 14,28 Mark beklagt“. Der Kassenbestand erholte sich jedoch bis zum November 1929 wieder

auf 496,27 Mark. Auf der letzten Seite des Protokollbuchs weist der Bericht des Kassiers am 31. Oktober 1930 eine Summe von 240,26 Mark aus.

Um 1900 waren von den damaligen „Vereinigten (Freien) Gewerkschaften“ bereits der Arbeitergesangsverein „Eintracht“, der „Arbeitersportbund“ und der Arbeiterradfahrerverein „Solidarität“ gegründet worden. Das ADGB-Kartell Biberach stellte sich den sozialen, kulturellen und politischen Problemen der Zeit und rief zur Wahrnehmung der Anliegen der Arbeitnehmer nacheinander die Betriebsrätevereinigung (Juni 1920), die Baugenossenschaft und den Bauverein (Juli 1921) ins Leben. Aber auch der Arbeitersamariterbund (11. Juni 1920), eine Naturfreundegruppe (November 1920) und die freie Gewerkschaftsjugend (September 1920) wurden aus der Taufe gehoben.

Ausflüge und Maifeiern

Die mit Abstand wichtigste Gründung war zweifellos die des Konsumvereins am 4. März 1920 in der „Krone“ (heute Geschäftshaus Ecke Hindenburgstraße/Viehmarktstraße): „Mitgliederanträge im Konsumverein sind bisher ca. 600 eingegangen. Die Anteilscheine sind für 100 Mark pro Stück zu erwerben, zahlbar in angenehmen Raten“, heißt es dazu im Protokollbuch. Zu Spannungen zwischen der Geschäftsführung des Konsums und den Mitgliedern des Vereins dürfte es zumindestens in den Anfangsjahren gekommen sein, darauf lassen unter anderem die Eintragungen vom 7. Mai 1922 schließen: „Zur Bilanz des Konsumvereins ist zu sagen, diese ist sehr günstig. Kritisiert wurde das Verhalten der meisten Mitglieder des Vorstands im letzten Jahr, sie sind ihren Pflichten in keiner Weise nachgekommen.“ Insgesamt hatte sich der Konsumverein aber durchaus positiv entwickelt: 1930 verfügte er neben dem Hauptkontor in der Kronenstraße 19 (heute Hindenburgstraße, Metzgerei Koch) und dem Hauptlager in der Sennhofgasse 7 (heute Modegeschäft Wiedmann) noch über weitere elf Verkaufsstellen in Biberach und Umgebung.

50 Pfennig Kulturbeitrag

Unter den selbst auferlegten Bildungsaufgaben des Kartells spielte

die Gewerkschaftsbibliothek eine besondere Rolle. Wie schon in anderen Bereichen auch, lassen sich die Wurzeln einer eigenen Bücherei bis in die Zeit um 1900 zurückverfolgen. Die Bibliothek war anfangs in einem Nebenraum des Versammlungslokals „Schatten“ untergebracht. Der Bücherbestand setzte sich aus Ankäufen, Schenkungen durch Mitglieder und Stiftungen (damalige Ortsgruppe der KPD) zusammen. Die Buchausgabe fand jeweils am ersten und dritten Sonntag des Monats in der Zeit von 10 bis 12 Uhr statt. Von jedem Mitglied wurde pro Quartal ein Kulturbeitrag von 50 Pfennig erhoben, der Bibliothekar erhielt eine Aufwandsentschädigung von zwei Mark. Mit den Jahren kam es in den Mitgliederversammlungen mehr und mehr zu Klagen über den teilweise schlechten Zustand der Bücher: „Zum Schluß wurden noch die Verhältnisse der Bibliothek stark kritisiert und von den verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß dieser Zustand unhaltbar sei.“ Daraufhin erklärte sich im Juli 1925 der Bücherwart Georg Bäuerle bereit, den gesamten Bücherbestand in seine Wohnung (Zeughausgasse 6) zu übernehmen. Dort kam es zur Restaurierung und neuer Katalogisierung der Bücher, und bereits am 5. März 1926 berichtet Kollege Bäuerle über die Bibliothek, deren Bestand 221

Bände aufweise ohne den Anteil von Parteischriften. 175 Abhandlungen tragen einen gewerkschaftlichen Charakter. Die Beschaffenheit der Bücher sei zufriedenstellend. Nach dem Tod Bäuerles im September 1928 führte dessen Witwe die Leitung der Bibliothek fort. Sie erhielt „in Anbetracht ihres Entgegenkommens eine kleine Entschädigung von 15 Mark für das Jahr“ aus der Kartellkasse. Das Protokoll der Generalversammlung vom 8. Februar 1930 vermerkt nicht ohne Stolz: „Von der Bibliothek wird mitgeteilt, daß 1928 23 Kollegen 183 Bücher gelesen haben, im Jahre 1929 36 Mitglieder 323 Bücher. Vom 1. Januar bis 8. Februar sind schon 83 Bücher geholt worden.“

Während für die berufliche Weiterbildung und allgemeine Wissensvermittlung anfangs noch der Kartell-Bildungsausschuss zu sorgen hatte, übernahm ab Januar 1922 der Volkshochschulausschuss diese Aufgabe. Dieser konnte ein von der Stuttgarter Bezirksleitung des ADGB ausgearbeitetes und mit Referenten bestens versorgtes, gut ausgestattetes Programm anbieten. Alljährlich veranstaltete das Kartell eine Weihnachtsfeier, meistens „mit Streichmusik, Gesangsverein Eintracht und auswärtigen Gästen“. In den Sommermonaten standen Ausflüge auf dem Programm, beispielsweise „ein Tagesausflug ins

Schussenrieder Torfried und die Pfahlbauten“ (1920) oder „ein Treffen der Kollegen im sog. Franzosenwäldle zu einem gemütlichen Nachmittag bei Musik und lustigen Unterhaltungen“ (9. Juni 1920). 1929 konnte sogar für das Sommersemester eine Freistelle zum Studium an der Volkshochschule im thüringischen Camburg angeboten werden.

Das spezielle Interesse aber galt natürlich der alljährlichen Maifeier, die einen Höhepunkt des gewerkschaftlichen Lebens in der Stadt darstellte. Neben Straßenumzügen und Kundgebungen

auf dem Marktplatz mit der Präsentation der sozialpolitischen Forderungen, legten die Organisatoren großen Wert auf abendliche Veranstaltungen mit einem anspruchsvollen Programm. Beispielfür den Ablauf eines solchen Abends mag das Protokoll vom 3. Mai 1929 stehen: „Anlässlich des Weltfeiertages der Arbeiterschaft trafen sich die freien Gewerkschaften am 1. Mai abends 8 Uhr im Saale zum ‚Strauß‘ (Consulentengasse 16), zu einer kleinen Maifeier. Eröffnet wurde die Feier mit dem Sozialistenmarsch, ausgeführt von der Stadtkapelle. Den gesanglichen Teil hat der Arbeitergesangsverein Eintracht übernommen. Der Vorsitzende des Ortskartells Kollege Brodbeck begrüßt die erschienenen Kollegen und dankt für den zahlreichen Besuch. Hierauf erteilte er dem Redner des heutigen Abends, Kollegen Brümmer aus Stuttgart, das Wort zu seiner Maifestrede. Derselbe brachte in kurzen Worten die Bedeutung des heutigen Tages den Anwesenden vor. Als weitere Abwechslung führte Kollege Josef Bucher an Hand eines Lichtbildapparates die Wohnstätten der Ur- und Naturvölker vor Augen, ebenso eine Rheinreise von Frankfurt bis Köln. Mit einem schneidigen Marsch fand die Feier gegen 12 $\frac{1}{2}$ ihr Ende.“

Politischer Streit

Parteipolitisch war man offensichtlich bemüht, weitgehende Neutralität zu wahren: „Die nicht gedeckten Kosten des Vortrags ‚Ist Religion Privatsache?‘ in der (Gaststätte) ‚Laute‘ (heute Terra Moden, Viehmarktstraße 6) werden nicht übernommen, weil für politische und religiöse Zwecke vom Kartell keine Mittel bewilligt werden dürfen“ (6. Januar 1921). Man bezog aber auch deutlich Stellung, denn an anderer Stelle heißt es: „Gemeinderat Scheck berichtet über die Verhandlungen mit der Schützendirektion wegen Absetzung des Liedes ‚Deutschland, Deutschland über alles ...‘ vom Programm des Schützenfestes, die jedoch ein negatives Ergebnis hatten.“ Heftige, politisch begründete Auseinandersetzungen gab es allerdings innerhalb des Kartells, als neben den Anhängern der Sozialdemokratie verstärkt die sich in deutlicher Minderheit befindlichen Sympathisanten der Kommunistischen Partei in den Versammlungen lautstark zu Wort meldeten. Die Mehrheit der Kartell-

Otto Brodbeck





Nikolaus Veeseer

mitglieder forderte daher im Sommer 1924, die bisherige Form der für alle Gewerkschafter offenen Vollversammlungen durch Delegiertenversammlungen zu ersetzen. Jede Berufsgruppe sollte gemäß ihrer Mitgliederstärke Vertreter in dieses Gremium entsenden. Dadurch ließ sich der Einfluss der KPD-Anhänger spürbar verringern. Durch das Mehrheitswahlrecht würden kaum noch Kommunisten in den Versammlungen vertreten sein. Es dauerte aber noch bis zum Februar 1925, als sich endlich nach langen und erbitterten, teilweise mit bössartiger Heftigkeit geführten Diskussionen, die Versammlungsform der Delegiertenvertretung durchsetzen konnte. Die Auseinandersetzungen über diesen Beschluss hielten noch jahrelang weiter an. So ist im Protokoll vom 7. Januar 1927 darüber zu lesen: „Sodann erfolgte eine fast endlose Redewendung über die Frage Vollversammlung oder Delegiertenversammlung. Die Redner beklagten sich im Wechsel über das jeweilige andere System mit scharfen Worten.“

Die Hauptursache wirtschaftlicher Not in den 20er-Jahren war die Arbeitslosigkeit. Der Stadt standen hier aber nur begrenzte Möglichkeiten der Hilfe zur Verfügung. Zwar gab es bereits im Winter 1920 erste, durch die

Stadterverwaltung geförderte, Notstandsarbeiten, diese konnten jedoch kein wirksames Mittel gegen die Entlassungen sein, wie sie bei den Vollmerwerken und der Biberacher Metallwarenfabrik bevorstanden. Eine erste Maßnahme für Notstandsarbeit war 1920/21 die Bewilligung von 400 000 Mark für den Ausbau der Bergerhau-Steige. Über eine weitere Notstandsarbeit, den Bau der Bahnstrecke Biberach-Uttenweiler, ist im Protokoll vom 3. Juni 1921 vermerkt worden: „Bezüglich der von der Regierung nicht genehmigten Weiterführung der Bahn Biberach-Uttenweiler

sollen je drei Kollegen der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen mit einem gleichen Antrag zwecks weiterer Inangriffnahme der Bahnarbeiten nach Stuttgart fahren.“ Einen Monat später, am 1. Juli 1921, ist zu lesen: „Die bereits besprochenen Bahnbauarbeiten werden vorläufig noch zurückgestellt, das Reichsfinanzministerium hat einen Betrag von 1,8 Millionen angeblich zum Weiterbau der Bahn zur Verfügung gestellt. Es dürfte anzunehmen sein, daß bis zum Spätherbst der Betrieb wieder aufgenommen wird.“ Fertiggestellt wurde das Projekt allerdings nie, der Reichsverkehrsminister verfügte am 10. März 1938, „daß von der Fertigstellung der begonnenen Nebenbahn Biberach-Uttenweiler endgültig abgesehen wird.“

Milchfälscher und Flaschenbier

Die Entlassungen bei dem Karosseriehersteller Steiger – noch heute erinnert die Bezeichnung „Steigerlager“ Ecke Bismarckring/Wielandstraße an die Firma –, bedingt durch Verlegung von Teilen der Produktion nach Ulm, machten im Oktober 1921 große Anstrengungen bei der Arbeitsbeschaffung per Notstandsmaßnahmen notwendig, zu denen unter anderem die

Kanalisierung der Bleicherstraße gehörte. Später, während der beginnenden Weltwirtschaftskrise 1930, zählte die Begrädigung der Riß von der Biberacher Spitalbrücke bis nach Warthausen und weiter bis Schemmerberg zu den wichtigsten Notstandsarbeiten.

Bei Arbeitskämpfen wie dem großen Metallarbeiterstreik vom Herbst/Winter 1922/23 wurden zwar keine Klassenkampfpapieren ausgegeben, aber selbstbewusst gewerkschaftliche Macht demonstriert: „Die Firma Schlee (ein metallverarbeitender Betrieb am Bismarckring) mußte durch Aufbietung der gesamten Arbeiterschaft zur Bewilligung der Streikziele Lohnerhöhung und Arbeitszeit gezwungen werden“ (14. Januar 1923). Aber auch gegenüber kleineren Gewerbebetrieben zeigte man sich durchaus schon mal rabiat: „Auf Antrag der Fleischer ging an einen hiesigen Herrn Metzgermeister unlängst ein Schreiben zu. Falls er seine organisationsfeindliche Haltung seinen Gehilfen gegenüber nicht einstellt, werden von den hier am Platze befindlichen Gewerkschaften schärfste Maßnahmen gegen ihn ergriffen“ (6. Januar 1921). Zu einem als besonders schwerwiegend empfundenen Engpass gestaltete sich im Frühjahr 1920 die Versorgung mit Milch, ein Konflikt, der durch Panschung noch an Schärfe zunahm. Der ADGB schlug einen, wohl durchaus verständlichen, rauen Ton an und der Gemeinderat mußte sich häufig mit Eingaben und Beschwerden des Kartells zu diesem Thema befassen. Nicht ganz erfolglos: „Gemeinderat Bäuerle sagte, auch der Gemeinderat hat sich mit der Sache (Eingabe des ADGB zu den Milchfälschern) befaßt und beschlossen, solche Milchhändler künftig auf zwölf Jahre von der Pachtung städtischer Grundstücke auszuschließen. Ferner sei die Milchuntersuchung dem Apotheker Perrot hier übertragen worden, um die Kontrolle durchführen zu können“ (2. Dezember 1921). Noch drei Jahre später, am 8. Februar 1925, „wird man wegen der hohen Milchpreise beim Stadtvorstand vorstellig“. Steigende Bierpreise brachten schon immer die Volksseele zum Kochen, und so empörte sich auch das ADGB-Kartell im Sommer 1922 zu Recht darüber und forderte als Reaktion auf die Erhöhung des Preises für den Gerstensaft in Biberach „die Menschen hier auf, ihren Bierkonsum möglichst einzuschrän-

Konsum- und Sparverein Biberach und Umgebung e. G. m. H.

Die vierte außerordentliche

General-Versammlung

findet am **Donnerstag, den 21. Sept. 1922,**
abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, im Gasthof z. **Viber** in **Bi-**
berach mit folgender Tagesordnung statt:

1. **Vortrag** von **Hrn. Fischer, Heidenheim.**
Thema: **Teuerung und Betriebskapital der**
Konsum-Vereine.
2. **Erhöhung des Geschäftsanteils** und dessen
Verzinsung.
3. **Statutenänderung.**

Es ist Ehrensache eines jeden Mitglieds, bei
dieser Verkammung zu erscheinen. Besonders die
Hausfrauen sind freundlichst eingeladen.

Der Aufsichtsrat.

Versammlung des Konsumvereins; im „Anzeiger vom Oberland“
vom 15. September 1922.

ken. Beim Konsumverein wird (billigeres) Flaschenbier zum Verkauf gebracht werden. Die Versammlungen werden in Lokalen ohne Alkoholkonsum abgehalten“ (3. August 1922).

Hoher Mietzins, Pressefrage

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte das Kartell auf seinen Sitzungen die Entwicklung auf einem der wichtigsten kommunalpolitischen Gebiete, dem Wohnungsmarkt. Auf ihm herrschte eine übergroße Nachfrage. Zur Linderung der größten Not stellte die Stadt Baracken und Behelfsheime zur Verfügung, in städtische Gebäude ließ man Wohnungen einbauen. Als dann 1922 Darlehen des Reiches zur Verfügung standen, konnten im Auftrag der Stadt 26 Wohnungen im ersten neu erschlossenen Baugebiet (Oeschle in Birkendorf) errichtet werden, 15 weitere Wohnungen wurden durch die OEW, die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke, gebaut. Das alles reichte aber nicht aus. Aufgeschreckt durch den Mangel an kostengünstigem Wohnraum, „kritisiert Ge-

meinderat Bäuerle den Beschluß des Gemeinderats, das Bürgerheim zu erweitern und den Bau von Wohnungen einzustellen. Gemeinderat Scheck beantragt daraufhin die Einberufung einer Bürgerversammlung“ (5. Februar 1922). Am 5. Mai 1923 wurde laut Protokoll die Frage aufgeworfen, „ob der angebliche Verkauf von städtischen Siedlungshäusern im Oeschle an Private Tatsache sei. Die Arbeiterfraktion sei gegen den Verkauf städtischer Gebäude an Private, besonders in der Zeit der Geldentwertung“. In der Versammlung am 7. April 1924 wurde lapidar festge-

stellt: „Das Wohnungswesen funktioniert schlecht“, und wenige Monate später, am 6. Dezember 1924, beklagten sich die Kartellmitglieder über den „hohen Mietzins in den städtischen Wohnungen“.

Wie gespannt das Verhältnis der Gewerkschaft zu der damaligen örtlichen Tageszeitung, dem katholisch-konservativen „Anzeiger vom Oberland“ war, macht unter anderem das Protokoll vom 9. März 1923 deutlich. Darin heißt es: „Über die Pressefrage wird angefragt, ob es nicht über das Kartell und den Gemeinderat möglich ist, die Stadt für die Herausgabe eines Amtsblattes zu bewegen. Damit nicht jeder an die Abonnieurung des hiesigen Zentrumsblattes zwecks Orientierung über kommunale Lebensmittelabgaben gebunden sei. Es kommt der Vorschlag, auf dem Weg der Selbsthilfe sollten Zeitungskästen aushängen, wenigstens einer sollte am Rathaus auf eigene Kosten angebracht werden. Die Anzeigen über die Lebensmittelausgabe könne man auch durch Anschlag in den Konsumverkaufsstellen vornehmen.“

War die erste Gemeinderatswahl 1919 in Biberach noch ohne großen Wahlkampf abgelaufen, änderte sich das bei den Wahlen 1922, als der ADGB „die Liste der vereinigten Arbei-

August Scheck



Freie Gewerkschaften

ADGB. Ortsausschuß Biberach

Mittwoch, den 1. Mai, abends 7/8 Uhr
im Saale zum „Strauß“

Maifeier 1929

VORTRAGSFOLGE:

1. Sozialistenmarsch A. Gramm
2. Ouvertüre „Dichter und Bauer“ Suppé
3. Männerchor „Der Sturm“ G. Uthmann
4. Maifestrede von Kollege Hans Brümmer-Stuttgart
5. Fantasie „La Traviata“ Verdi
6. Männerchor „Der Maientag“
7. Larghetto „Narziss“ Grieg
8. Lichtbildervortrag
9. Konzertwalzer „Faust“ Gounod
10. Männerchor „Der Fremdenlegionär“ Wengert
11. Marsch „Durch Nacht zum Licht“ Latanec

Änderungen vorbehalten.

Programm der Maifeier von 1929.

ter und Angestellten“ aufstellte und mit Anton Scheck, Georg Bäuerle, Anton Mönch und Josef Schäfle – mit dem bereits 1919 gewählten Karl Lieb – erstmals eine eigene Fraktion im Gemeinderat bilden konnte. Drei Jahre später (1925) gelang es, eine gemeinsame Liste aller drei Biberacher Gewerkschaften (ADGB, DGB, Gewerkschaftsring) zu formieren. 1928 stellte der ADGB wieder eine eigene Liste auf, August Scheck und August Bopp gelang der Einzug in das Stadtparlament. Übrigens wurden mehrmals die Mitglieder des Arbeiterradfahrvereins „Solidarität“ an den Wahltagen vom Kartell aufgefordert, säumige Wähler zum Gang in das Wahllokal zu ermahnen. 1923 unterstützte der ADGB bei der Wahl des Bürgermeisters mit allen anderen Arbeitnehmer-

Organisationen die Kandidatur von Josef Hammer, dem dann auch der Sieg über den bisherigen Amtsinhaber Doll gelang. „Die Gemeinderäte Scheck und Mönch erläutern die Vorgeschichte der Kandidatur Hammers und fordern tatkräftige Unterstützung“, vermerkte dazu das Protokoll vom 14. Januar 1923.

Der Göckeles-Mittwoch

Die politische und gesellschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich der 20er-Jahre nimmt in den Protokollen des Biberacher ADGB einen beachtlichen Raum ein. Dabei wurden kontroverse und offenbar leidenschaftliche Debatten, teilweise verbunden mit persönlichen Angriffen, geführt, die ein Biberacher Spiegelbild der all-

gemeinen Entwicklung im Deutschland der Weimarer Republik darstellen. Als herausragende Ereignisse sollen genannt sein: die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Jahren 1919 bis 1925 und der Generalstreik 1920 (Kapp-Putsch); die Ermordung des Biberacher Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger im August 1921 und der süddeutsche Metallarbeiterstreik vom Frühjahr 1922; das Attentat auf den Reichsaußenminister Walther Rathenau im Juni 1922: „Auf-forderung des ADGB zur Demonstration anlässlich der Ermordung Rathenaus am 4. Juli konnte wegen des Schützenfestes nicht durchgeführt werden“, heißt es am 14. Juli 1922.

Über das in Biberach am nachhaltigsten in Erinnerung gebliebene Ereignis jener Zeit, die Vorgänge am 19. September 1923, dem „Göckeles-Mittwoch“, findet sich lediglich im Protokoll vom 5. Januar 1924 eine ausführlichere Darstellung: „Gemeinderat Bäuerle bezeichnet die Führung der Erwerbslosen bei der Demonstration als ungeschickt und unbefriedigend für die Teilnehmer derselben. In der Debatte, welche sich noch lange hinzieht und in welcher das Arbeitslosenproblem weitgehend besprochen wurde, greifen noch mehrere Kollegen ein und sprechen sich für und wider die Demonstration aus.“

Ein über Jahre hinweg die Versammlungen häufig beherrschendes und heftig diskutiertes Thema war die Versorgung der Einwohner der Stadt mit Nahrungsmitteln und Brennmaterialien, mit der 1919/20 immer wieder kriminelle Praktiken verbunden waren, die vom Kartell erbost angeprangert wurden: „Unerhört, was zur Zeit an Schwindel, Preistreiberei und Höchstpreisüberschreitungen bei Lebensmitteln geschieht. Unser Oberamt, vor allem das Jordanbad, wird von Hamstern und Schleichhändlern geradezu überschwemmt“ (2. August 1919). Am 3. Januar 1920 wird „wegen der haarsträubenden Teuerungen“ von der Versammlung gefordert, „man müsse zur Selbsthilfe greifen“. Dieser Antrag konnte sich aber nicht durchsetzen, statt dessen sollte der in Biberach weilende Reichsfinanzminister Erzberger mit einem Protestmarsch auf die Probleme aufmerksam gemacht werden. In solch angespannter Versorgungslage konnte der Konsumverein mit „Sonderprei-

sen, Extra-Verkäufen und billigen Gebrauchsgütern“ helfend eingreifen und ließ „Schuhe und Unterzeug, Geschirr, Fisch, Brot und andere wichtige Lebensmittel zu günstigen Preisen anbieten“. Obwohl die Stadt sich an den Allgäuer Torfwerken beteiligte, verbilligtes Brennholz abgab und Kohle von der Firma Thyssen im Tausch gegen Grubenholz besorgte, blieb die Versorgung mit Brennmaterialien offenbar problematisch: „Der Gemeinderat hat die Anfrage (des ADGB) zur Holzversorgung im abschlägigen Sinne entschieden. In der Debatte darüber wurde die Stadtverwaltung von allen Rednern scharf angegriffen“, lautet dazu die Protokollnotiz vom 2. Dezember 1921. Auch hier wurde der rührige Konsumverein tätig und konnte „eine große Quantität Holz aufkaufen und die Torfversorgung auch übernehmen“. Allerdings verlangte man weiterhin „von der Stadtverwaltung, daß sie jeder versorgungsberechtigten Familie wenigstens zwei Raummeter Holz zu erschwinglichen Preisen zuweisen müsse“ (6. Oktober

1921). Im April 1923 kann das Protokoll aber lobend festhalten, dass „der Überschuss des Holzerlöses zirka 70 bis 90 Millionen Mark von der Stadtverwaltung als Baufonds Verwendung finde“. Und am 2. März 1929 berichtete der Vorsitzende versöhnlich, „daß man in Anbetracht des strengen Winters nichts gegen eine Unterstützung für die Erwerbslosen mit Holz, Kohle etc. durch die Stadt einzuwenden habe“.

Sammlungen für Bergleute

Solidarität ist ein Grundwert gewerkschaftlicher Überzeugungen und so verwundert es nicht, wenn in den Protokollen durchgängig Hinweise auf Sammlungen, Hilfsaktionen und Unterstützungsaufrufe aller Art zu finden sind. Einige davon seien hier exemplarisch genannt: Allein im Jahre 1920 fanden nacheinander im Januar eine Hilfe für „notleidende Proletarierkinder in Wien“ statt, ergab im Juli die „Sammelliste für die Märzgefallenen in Berlin bis jetzt ein Ergebnis von

657,50 Mark“, brachte die „September-Geldsammlung für die Opfer des Kapp-Putsches 672,50 Mark“ und im Dezember „konnte die Liste für arbeitslose Stuttgarter Kollegen erledigt werden“. Im Februar 1921 finden sich Unterstützungen für das ADGB-Ortskartell Flensburg (!) und Zahlungen zum Wiederaufbau des abgebrannten Leipziger Volkshauses. Im Oktober 1921 konnte „Kassier Österle die eingelaufenen Geldsammlungen für Rußland abschließen“, und im Dezember des gleichen Jahres „sind für Oppau bis jetzt 16 641,40 eingelaufen“ (Oppau ist ein Ortsteil von Ludwigshafen, wo sich der größte Chemieunfall in der deutschen Industriegeschichte ereignet hatte). Im Herbst 1922 unterstützte das Kartell die Arbeitslosen im Baugewerbe und führte Sammlungen für die Bewohner des von Frankreich militärisch besetzten Ruhrgebietes (Ruhrhilfe) durch und 1924 unterstützte man streikende Hafenarbeiter in Hamburg.

Im August 1926 „bringt Vorsitzender Zell in Vorschlag, den streikenden

Die Belegschaft der „Württembergischen Wurst- und Fleischwarenfabrik Jakob Scheffold“, im Volksmund der Eckmetzger, in der Gymnasiumstraße 12; heute Wohn- und Geschäftsanlage Metzgerhof.



englischen Bergarbeitern 2 Mark je Verband (insgesamt 24 Mark) abzuführen“, und im selben Monat startete der Verkauf von Losen für die Bau- lotterie zur Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Stuttgart. Im Februar 1927 konnte „die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß für die Sammlung zugunsten unserer Erwerbslosen (in Biberach 36 Mitglieder des Kartells) 161,20 Mark eingegangen sind. Es wird beschlossen auf den Mann 4,50 Mark zur Auszahlung (zu bringen“. Zwei Jahre später, im Februar 1929, soll für „jedes erwerbslose Mitglied 100 Mark zur Verteilung gebracht werden. Dazu soll man noch Sammelisten laufen lassen. Durchreichende arbeitslose Mitglieder von freien Gewerkschaften, die keine ärztliche Kasse haben, erhalten eine Mark, sofern sie durch Aussperrung arbeitslos sind, 1,50 Mark, solche, die für den Unterhalt einer Familie zu sorgen haben, zwei Mark“.

Existenziell betraf die Menschen die Entwicklung von Krankenkasse und Krankenversorgung. Letztere wurde über Jahre hinweg als unzureichend empfunden. Das Protokoll vom 7. Oktober 1921 beschreibt die Einrichtung des Krankenhauses als in einem trostlosen Zustand, und die Zustände bei Verpflegung und Versorgung seien ein Skandal. Die immer wieder aufgeworfenen Klagen hatten aber letztlich Erfolg und führten im September 1926 zu der Feststellung „in der Krankenhausangelegenheit

stellt sich als unbestreitbarer Erfolg des geführten Kampfes eine Besserung der gesamten Verpflegung und Behandlung ein“. Im April 1929 heißt es dann, „daß unter den alten Verhältnissen des Krankenhauses kein Schaffen mehr möglich war. Zu einem Neubau habe es leider nicht gereicht. Man hat sich entschlossen, im alten Gebäude eine Umänderung zu treffen“. Im März 1930 berichtete der Vorsitzende Veese, dass „der Bau des Krankenhauses abgeschlossen ist, die Kosten sind nicht weniger als 105 000 Mark, dem gegenüber stand ein Vorschlag von 35 000 Mark“. Ein weiterer Punkt kritischer Beobachtung waren Vorgänge in der Ortskrankenkasse. (Dabei sei angemerkt, dass in der Diskussion um die mögliche Bildung von Betriebskrankenkassen der ADGB die Meinung vertrat, „diese jederzeit zu bekämpfen, da sie nur zum Vorteil der Arbeitgeber schaffen“, 20. April 1921.) Der Beitrag zur Krankenkasse belief sich 1921 auf sieben Prozent des Bruttolohnes, die Karenzzeit (keine Zahlungen) war auf einen Tag festgesetzt worden. Im Herbst desselben Jahres wollte die Krankenkasse das Biberacher Krankenhaus kaufen, „der Antrag wurde vom Bezirksrat aber abgelehnt“. Ab 1922 betrug das im Krankheitsfall ausgezahlte Geld 60 Prozent vom Bruttolohn. Auf eine gewisse Harmonisierung der Beziehungen zwischen Krankenhaus, Ärzten und Krankenkasse lässt die Mitteilung im Protokoll vom 7. September 1929

schließen, in der es heißt, „daß nun alle Monat eine Aussprache zwischen den Ärzten und dem Ausschuß der Ortskrankenkasse und dem Krankenhaus stattfindet“.

Letzter Eintrag

Auf der letzten Seite des Buches hat der Protokollführer Wilhelm Wolf für Freitag, 31. Oktober 1930, festgehalten: „Kollege Josef Bucher fordert angesichts der heutigen politischen Lage die Kollegen auf, sich unbedingt dem Reichsbanner (dem Schutzbund der demokratischen Parteien gegen den Radikalismus) anzuschließen, nur so können wir gemeinsam mit den Sport- und Kulturorganisationen der Zersplitterung vorbeugen.“ Ein bedrückender Appell – denn nur 31 Monate später, im Mai 1933, verboten die neuen nationalsozialistischen Machthaber alle drei im Deutschen Reich tätigen Gewerkschaften, beschlagnahmten ihr Vermögen und verhafteten deren Führer.

Ausdrücklichen Dank an Elke und Manfred Gutermann für die Überlassung des Protokollbuches, das von dem 1996 verstorbenen Georg Gretzinger über Jahrzehnte in sichere Verwahrung genommen worden war.

Bildnachweis

Alle Abbildungen vom Autor.